

Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer»

**Stellungnahme der Akademien der Wissenschaften Schweiz:
Eine Annahme der Durchsetzungsinitiative hätte erhebliche negative Konsequenzen für
den Schweizer Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatz**

Zwei Jahre nach dem Manifest der Akteure aus Bildung und Forschung für einen offenen Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz ist die Spitzenposition dieses Standorts akut gefährdet. Als Folge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist die Schweiz nur noch teilweise an das europäische Forschungsrahmenprogramm (Horizon 2020) assoziiert.

Seit zwei Jahren herrscht grosse Unsicherheit an den Universitäten. Nach den Zahlen des Bundes gab es 2014 und 2015 eine markante Abnahme von Projektkoordinationen durch Schweizer Forschende und insgesamt der Schweizer Beteiligung am Forschungsrahmenprogramm. Wird bis Ende 2016 keine Einigung mit der EU in den Bildungs- und Forschungsabkommen erzielt, so würde die Schweiz für die restliche Dauer von Horizon 2020 ausgeschlossen. Somit würde unser Land auf den Status eines Drittstaates sinken, und unsere besten Forscher dürften nicht mehr gleichberechtigt in der «Champions League» der Wissenschaft mitspielen. Die Folgen für die Schweizer Forschung und Bildung wären dramatisch.

Eine Annahme der Durchsetzungsinitiative wäre in dieser Situation verheerend. Die Schweiz würde damit gegen das Freizügigkeitsabkommen verstossen, was die Verhandlungen mit der EU zu den Forschungsabkommen noch stärker belasten würde. Ein Ausschluss aus den europäischen Bildungs- und Forschungsrahmenprogrammen würde den Forschungsstandort Schweiz isolieren; unsere Reputation und damit unsere Konkurrenzfähigkeit im Wettbewerb um die besten in- und ausländischen Talente wären gefährdet. Diese Attraktivitätsminderung, verbunden mit der stark negativen Signalwirkung auf Investoren, würde nicht zuletzt den Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz gefährden (siehe dazu das «Manifest der Schweizer Hochschulen für eine Schweiz im Zentrum der Europäischen Bildungs- und Forschungslandschaft», www.swissuniversities.ch).

Ohne Zweifel hätte eine Annahme der Durchsetzungsinitiative längerfristig negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Akademien der Wissenschaften Schweiz
15. Februar 2016